

Antisemitismus- bericht 2023

für die deutsch-, die italienisch-
und die rätoromanisch-
sprachige Schweiz



Stiftung gegen
Rassismus und
Antisemitismus

Fondation contre le racisme et l'antisémitisme
Fondazione contro il razzismo e l'antisemitismo
Foundation against racism and antisemitism



Inhaltsverzeichnis

- Vorwort **3**
- Überblick **5**
- 1. Allgemeine Analyse **6**
- 2. Statistiken **11**
 - 2.1 Vorfälle des Jahres 2023
 - 2.2 Onlinevorfälle
 - 2.3 Trigger
- 3. Die gravierendsten Vorfälle **18**
- 4. Sicherheit der jüdischen Gemeinschaft **19**
- 5. Empfehlungen und Handlungsfelder **21**
- 6. Prävention gegen Antisemitismus **22**
- 7. Positive Entwicklungen im Jahr 2023 **23**
- 8. Was nach dem 7. Oktober 2023 an einigen Universitäten geschah – Versuch einer Einordnung
- 9. Anhang **25**
 - 9.1 Daten
 - 9.2 Methodik
 - 9.2.1 Wie kommt der SIG zu den Vorfällen?
 - 9.2.2 Vorgehen bei der Onlinerecherche
 - 9.2.3 Geografische Eingrenzung
 - 9.2.4 Meldeverhalten
 - 9.2.5 Definitionen: Antisemitismus, Antizionismus, Kritik am Staat Israel
 - 9.2.6 Vorfälle und ihre Kategorien
 - 9.3 Zusammenfassung der Vorfälle und Analyse



Website

Vorwort

Als Folge der schrecklichen Terroranschläge der Hamas am 7. Oktober 2023 hat sich auch der Antisemitismus in der Schweiz auf eine Art und Weise manifestiert, wie wir es uns nicht vorstellen konnten. Menschen, die eine Davidsternkette trugen, wurden geschlagen, angespuckt und beschimpft. Mit Sprayereien wie «Tod den Juden» wurden Hauswände verschandelt. An Demonstrationen wird das angegriffene Israel mit den Nationalsozialisten verglichen und die gewaltsame Auslöschung des jüdischen Staates gefordert. All dies macht uns fassungslos.

Umfragen zeigen aber auch, dass der Anteil der Schweizer Bevölkerung mit starken antisemitischen Vorurteilen in den letzten Jahren nicht gestiegen ist und stets bei etwa zehn Prozent liegt. Dieser latente Antisemitismus gärt unter der Oberfläche, zeigt sich aber meist kaum. Kommt es dann jedoch zu einem Trigger, wie wir es in den letzten Monaten mit dem Krieg Israels gegen die Hamas gesehen haben, bricht er durch und manifestiert sich in erschreckenden physischen Übergriffen, Briefen, Social-Media-Posts oder Sprayereien.

Die letzten Monate waren für Schweizer Jüdinnen und Juden schwierig. Nicht nur die Geschehnisse in Israel waren eine grosse Belastung. Auch das Gefühl, sich nicht mehr sicher zu fühlen, wenn man als jüdisch erkennbar ist, hat das Leben vieler beeinträchtigt. Als Gesellschaft dürfen wir dies nicht zulassen. Wir dürfen es nicht dulden, dass der Nahostkonflikt auch hier in der Schweiz ausgetragen wird. Wir dürfen es nicht dulden, dass Menschen ihre Religion und ihre Herkunft verstecken müssen, weil sie Angst haben, geschlagen, bespuckt und beschimpft zu werden. Wir müssen dafür sorgen, dass die Schweiz ein friedliches und freiheitliches Land bleibt, in dem alle Menschen gleich geachtet und respektiert werden.

Dies ist Aufgabe der Zivilgesellschaft, die mit Gegenrede, Zivilcourage und Dialog gegen Hass jeglicher Art eintreten muss. Es ist aber auch die eminente Aufgabe der Politik und der Behörden. Leider müssen hier dieselben Forderungen wiederholt und betont werden. Wir brauchen dringend noch mehr staatliches Engagement beim Monitoring des Antisemitismus und Rassismus (vor allem auf der Ebene des Bundes) sowie eine Prüfung der rechtlichen Mittel zur Erfassung und Beschränkung von Hassrede. Es kann nicht sein, dass diese Aufgaben allein in der Verantwortung von NGOs und Verbänden liegen. Wir brauchen politische Massnahmen, um auf die Social-Media-Plattformen einzuwirken. Diese müssen die Verbreitung von Hassbotschaften gegenüber Minderheiten unterbinden oder zumindest einschränken. Auch das geforderte Vorgehen mit einer klaren Strategie gegen Antisemitismus muss der Bund nun rasch implementieren. Schliesslich brauchen wir ein Verbot von Nazisymbolen. Obwohl der Wille vorhanden ist, führen die verschiedenen, im Parlament hängigen und sich teilweise konkurrenzierenden Vorstösse zur Thematik zu Verzögerungen. Eine Lösung wird durch eine Debatte gefährdet, die ins Uferlose abzudriften droht. Wir hoffen sehr, dass sich das Parlament hier auf einen konstruktiven Weg besinnt.

**Dr. Ralph Lewin, Präsident des SIG, und
Dr. Zsolt Balkanyi-Guery, Präsident der GRA**



Antisemitischen Vorfall melden



Haben Sie einen antisemitischen
Vorfall erlebt oder beobachtet?

Sind Sie in den sozialen Medien
auf einen antisemitischen
Beitrag gestossen?

Melden Sie sich bei uns via

+41 43 305 07 77

vorfall@swissjews.ch

swissjews.ch/vorfallmelden

Vorfall melden

Bei der Melde- und Beratungsstelle Antisemitismus des SIG können antisemitische Vorfälle aus der deutsch-, der italienisch- und der rätoromanischsprachigen Schweiz gemeldet werden, die selbst erlebt oder beobachtet wurden. Dies können tätliche Angriffe und Beschimpfungen, Schmierereien, Briefe und Nachrichten oder im Internet und auf den sozialen Medien entdeckte Beiträge und Kommentare sein. Die Vorfälle werden von uns analysiert sowie eingeordnet und die Betroffenen beraten.

Auch wenn Sie unsicher sind, ob es sich um einen antisemitischen Vorfall handelt oder nicht, können Sie sich bei uns melden. Wir helfen Ihnen gern bei der Einordnung.



Überblick

155

Vorfälle
(reale Welt)

davon

10

Tötlichkeiten

42

Schmierereien

47

Beschimpfungen

38

Aussagen

8

Auftritte

10

Plakate

975

Vorfälle
(Online)

davon

45,5%

Verschwörungstheorien

31,5%

Antisemitismus
allgemein

18,5%

Antisemitismus
israelbezogen

4,5%

Schoahleugnung/
-banalisierung



1. Allgemeine Analyse

Antisemitismus in der realen Welt

Im Vergleich zum Vorjahr gab es eine enorme und beispiellose Steigerung der registrierten antisemitischen Vorfälle in der realen Welt auf 155 Fälle (2022: 57). Somit kam es innerhalb eines Jahres fast zu einer Verdreifachung der Vorfälle. Grossmehheitlich traten diese nach den Terroranschlägen der Hamas am 7. Oktober 2023 auf. 114 Vorfälle wurden in den knapp drei Monaten zwischen dem 7. Oktober und dem Jahresende registriert. Im ganzen Berichtsjahr kam es zu 10 Tötlichkeiten (im Vergleich: 2022 war es lediglich eine Tötlichkeit), 6 davon allein im Oktober, insgesamt 7 bis Jahresende. Auch bei den Kategorien Schmierereien, Auftritte und Plakate/Banner lassen sich die grossen Steigerungen auf die Zeit nach dem 7. Oktober zurückführen: 34 der 42 registrierten Schmierereien (2022: 9), 7 der 8 Auftritte (2022: 1) und alle 10 Plakate/Banner (2022: 1) stammen aus diesem Zeitraum.

Bei den Beschimpfungen ist die ungleiche Verteilung über das Jahr weniger stark: 18 der 47 Beschimpfungen (2022: 16) wurden nach dem 7. Oktober registriert. Einzig bei den Aussagen, 11 von 38 nach dem 7. Oktober (2022: 29), ist keine ausserordentliche Häufung im vierten Quartal zu beobachten. Das lässt die Vermutung zu, dass Menschen mit antisemitischem Gedankengut nach den Anschlägen ihrem Hass durch stärkere Ausdrucksformen als Aussagen freien Lauf liessen.

Zusammengefasst kann festgestellt werden, dass sich 2023 der Antisemitismus in der Schweiz in der realen Welt klar und merklich manifestiert hat. Eine solche Häufung von Tötlichkeiten, Schmierereien, Beschimpfungen und antisemitischen Vorfällen bei Demonst-

rationen innert so kurzer Zeit ist beispiellos für unseren Untersuchungsraum. Auch der Inhalt der Schmierereien und Zuschriften erreichte mit Todesdrohungen und Schoah-Vernichtungsfantasien eine noch nicht gekannte Heftigkeit.

Wie in den letzten Jahren, muss – besonders bei Beschimpfungen und Aussagen – mit einer Dunkelziffer gerechnet werden, da manche Vorfälle vermutlich immer noch weder dem SIG noch der Polizei gemeldet werden. Dies ist bei jeder Erfassung, die auf freiwilligen Meldungen beruht, unvermeidlich.

85 Prozent aller antisemitischen Vorfälle registrierte der SIG durch eigenes Monitoring, 15 Prozent durch Meldungen. Dies deckt sich in etwa mit der Tatsache, dass 86 Prozent aller Vorfälle Online passierten, 14 Prozent in der realen Welt. Auch hier gab es 2023 jedoch leichte Abweichungen: Während normalerweise fast alle Vorfälle in der realen Welt gemeldet wurden, registrierte der SIG in den letzten drei Monaten des Jahres vor allem Vorfälle an Demonstrationen und Schmierereien oftmals auch durch Medienberichte. Da gleichzeitig mehr Onlinevorfälle gemeldet wurden als sonst, glichen sich die Zahlen jedoch wieder aus.

Antisemitismus Online

Über das gesamte Berichtsjahr nahm die Zahl der antisemitischen Vorfälle in der digitalen Welt nur vergleichsweise geringfügig zu und steigerte sich von 853 auf 975 Vorfälle. Aber auch hier zeigt sich ein grosses Ungleichgewicht bei der Verteilung: Mit 459 Vorfällen wurde fast die Hälfte in den knapp drei Monaten nach dem 7. Oktober erfasst. Der grösste Teil der beobachteten und gemeldeten Vorfälle liegt weiterhin bei Telegram, wobei jedoch der prozentuale Anteil von 75 im Jahr 2022 auf 68 Prozent im Jahr 2023 leicht abnahm. Mit 17 Prozent blieb der Anteil von Twitter beziehungsweise X gleich gross. Der Anteil von Facebook



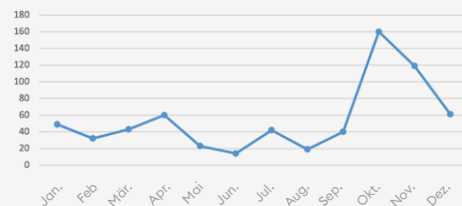
stieg leicht von 5,5 (2022) auf 7,3 Prozent. Bedauerlicherweise verdoppelte sich fast der Anteil der Fälle in Kommentarspalten von Onlinemedien auf 3,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Diese Vorfälle verteilen sich jedoch über das ganze Jahr. Ein Zusammenhang zum 7. Oktober kann nicht festgestellt werden.

Telegram ist weiterhin jene Plattform in der Schweiz, auf der auch offener Antisemitismus ungehindert möglich ist, ohne dass gelöscht wird und die User gesperrt werden. Hier agiert weiterhin die im letztjährigen Antisemitismusbericht beschriebene staats- und gesellschaftsfeindliche sowie verschwörungsaffine Subkultur, in der Antisemitismus fast unwidersprochen ausgelebt wird. Dieser passt sich in Inhalt und Erscheinung jeweils den gerade aktuellen Themen an, sei dies Corona, der Ukrainekrieg oder zuletzt der Krieg Israels gegen die Terrororganisation Hamas.

Es wurden grösstenteils die gleichen Telegramgruppen beobachtet wie in den letzten Jahren. So kann ein Vergleich der Zahlen und Themen angestellt werden. Wie schon beim Ukrainekrieg, als sich viele dieser Gruppen von Massnahmegegnern zu Putin-Propagandisten gewandelt hatten, fand nach dem 7. Oktober 2023 eine erneute Wandlung zu Pro-Palästina und Anti-Israel statt. Der Grundgedanke dieser Menschen bleibt jedoch gleich: Sie sind gegen den Mainstream, gegen den Westen und der Meinung, dass alle Krisen und Kriege von einer Elite geplant sind, um so die Menschheit endgültig zu willenslosen Arbeitssklaven zu machen.

Die Anzahl der antisemitischen Vorfälle in den Telegramgruppen bewegte sich mit gewissen Schwankungen in den ersten neun Monaten auf ähnlichem Niveau. Im Oktober folgte der grosse Peak nach den Terrorangriffen der Hamas. Seither sinkt die Anzahl wieder.

Anzahl der Vorfälle in den Telegramgruppen 2023



Die Anzahl der antisemitischen Posts, die einen direkten Bezug zum Krieg Israels gegen die Hamas haben, lag in den Telegramgruppen in den Monaten Oktober bis Dezember durchschnittlich bei knapp unter 50 Prozent. Über das ganze Jahr hinweg gesehen, lag der Anteil der antisemitischen Posts mit direktem Bezug zu Corona beziehungsweise zum Ukrainekrieg bei 5,5 beziehungsweise 9,4 Prozent. Diese beiden Themen stehen also nicht mehr im Vordergrund, finden in diesen Gruppen aber immer noch Platz.

Eine politische Zuordnung der Verfasserinnen und Verfasser antisemitischer Kommentare ist oftmals nicht einfach. Lassen teilweise die gewählten Usernamen oder die antisemitische Aussage selbst eine Zuordnung zu, so ist dies beim grössten Teil der Vorfälle nicht möglich. Die Zahlen sind dementsprechend auch zu klein, um eine statistisch verwertbare Aussage zu machen. Die möglichen Zuordnungen weisen aber weiterhin auf die bekannten Milieus hin: Rechtsextreme, Linksextreme, Islamistinnen und Islamisten, die sogenannte «Mitte der Gesellschaft» und die erwähnte Subkultur, die nicht eindeutig dem klassischen Rechts-Links-Schema entspricht.



Der SIG organisiert seit dem 1. Januar 2024 sein Onlinemonitoring neu. Mithilfe einer Software werden vor allem Social Media und die Kommentarspalten von Onlinemedien breiter durchsucht. Dadurch wird ein umfassenderes Bild des Online-Antisemitismus in der Schweiz und eine genauere Analyse desselben möglich. Die ersten Ergebnisse werden im Bericht für das Jahr 2024 publiziert.

Verschwörungstheorien

Verschwörungstheorien erhielten in den letzten Jahren grossen Zulauf. Dadurch nahmen die antisemitischen Verschwörungstheorien ebenfalls zu. Ihr Anteil an den Onlinevorfällen ging zwar dieses Jahr leicht zurück auf 45,5 Prozent (2022: 57 Prozent), dies liegt aber vor allem daran, dass die Zahl der israelbezogenen Vorfälle stark anstieg. Es ist jedoch auch so, dass viele israelbezogene Vorfälle zudem verschwörungstheoretische Elemente enthalten und somit beiden Kategorien zugeordnet werden können. Die Verschwörungstheorien, die fast ausschliesslich im Internet zirkulieren, machen aber weiterhin, wie schon in den letzten Jahren, mit Abstand die grösste der vier Inhaltskategorien aus (Erläuterung der Inhaltskategorien siehe Kapitel 9.2.6).

Im Jahr 2022 erhielt insbesondere im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg die Chasaren-Verschwörungstheorie grossen Zulauf. Diese besagt, dass die osteuropäischen aschkenasischen Juden nicht von den aus dem alten Israel vertriebenen Juden abstammen, sondern von dem nomadischen Turkvolk der Chasaren, die im 7. Jahrhundert im Nordkaukasus ein Reich gründeten und zum Judentum konvertierten. Während 2022 «Chasaren» beziehungsweise «chasarische Mafia» vor allem als Codewörter für «Juden» benutzt wurden, wird diese Verschwörungstheorie im Zuge des Krieges Israels gegen die Hamas wieder in ihrem ursprünglichem Sinn verwendet: Der israelische Staat soll delegitimiert werden. Ein

grosser Teil der israelischen Bevölkerung und vor allem die Gründerväter des Staates sind Aschkenasim. Wenn diese nun nicht von der ursprünglichen Bevölkerung des alten Israels abstammen würden, so hätten sie auch kein Recht, sich wieder auf diesem Gebiet niederzulassen. Mit dieser Argumentationslinie soll somit Israel das Existenzrecht abgesprochen werden.

Israelbezogener Antisemitismus

Wenig überraschend gab es im Jahr 2023 einen grossen Anstieg an Vorfällen in der Kategorie israelbezogener Antisemitismus. Die 227 Vorfälle stellen eine Vervierfachung im Vergleich zum Jahr 2022 (58) dar. Auch der Anteil an der Gesamtzahl der Vorfälle war mit 20 Prozent signifikant höher als 2022 (6,4 Prozent). Diese Zunahme ist auf die letzten drei Monate des Jahres und die vielen antisemitischen Vorfälle im Zusammenhang mit dem Krieg Israels gegen die Hamas zurückzuführen.

Der israelbezogene Antisemitismus nach dem 7. Oktober äusserte sich auf verschiedene Arten:

- Darstellung der Israelis mit klassischen antisemitischen Stereotypen: Sie seien blutrünstige Monster, die gern Kinder töten. Israelis dürfen machen, was sie wollen, weil «die Juden» beziehungsweise «die Zionisten» die Regierungen Europas und der USA unter Kontrolle hätten. Die westliche Presse würde voreingenommen über den Krieg berichten, da wahlweise Israel, «die Juden» oder «die Zionisten» diese Medien beherrschten.
- Verschwörungstheorien, dass die Israelis beziehungsweise «die Zionisten» keine richtigen Juden seien, sondern nur das Judentum angenommen hätten, um das Gebiet Palästina kolonialisieren zu können. Dies stellt eine Abwandlung der Chasarentheorie dar, die aber auch noch oft direkt benutzt wird.

- Verschwörungstheorie, dass «die Zionisten» Adolf Hitler und die Nationalsozialisten finanziert und zum Holocaust angestiftet hätten, damit Europa danach aus Schuldgefühlen die Gründung des Staates Israels erlaubt hätte.
- Vergleiche Israels und der israelischen Regierung mit den Nationalsozialisten sowie des Krieges Israels gegen die Hamas mit dem Holocaust.

Umfrageergebnis von November 2023

Im Auftrag des «Blick» erstellte Sotomo Mitte November 2023 eine repräsentative Umfrage rund um den Krieg Israels gegen die Hamas. Dabei zeigte sich, dass die Aussage «Juden haben in der Schweiz zu viel Einfluss» von 10 Prozent der Teilnehmenden mit «Ja» und von weiteren 12 Prozent mit «Eher ja» bewertet wurde. Auf die Frage «Welche Gefühle haben Sie gegenüber Personen, die dem Judentum angehören?» antworteten 8 Prozent mit «sehr negative» und weitere 12 Prozent mit «eher negative». Diese zwei Antworten decken sich grundsätzlich mit den seit 2010 regelmässig vom Bund erhobenen Statistiken, wonach um die 10 Prozent der Schweizer Bevölkerung stark antisemitisch eingestellt sind.



Ein gutes Beispiel für die Wandelfähigkeit der untersuchten Telegramgruppen und ihre Hinwendung zum israelbezogenen Antisemitismus ist der persönliche Kanal eines bekannten Massnahmengegners. Er setzt regelmässig Posts ab, welche die Follower des Kanals kommentieren können. Nachdem lange Zeit die Coronamassnahmen, die WHO und das WEF seinen Hauptfokus einnahmen, wandelte er sich im Februar 2022 zu einem Unterstützer des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine. Seine eigenen Posts enthielten damals noch sehr selten antisemitische Inhalte, er tolerierte jedoch die zahlreichen antisemitischen Kommentare seiner Follower zu seinen Posts. Zwischendurch zeigte er allerdings durchaus seine Sympathien für die Palästinenserinnen und Palästinenser sowie im Gegenzug seine

Abneigung gegenüber Israel und «den Zionisten». Seit dem 7. Oktober 2023 ist auf seinem Kanal eine regelrechte Antisemitismuswelle zu beobachten. Lange Zeit postete er mehrmals täglich zum Thema Krieg Israels gegen die Hamas, seine Follower kommentieren fleissig. So kamen bis Ende Jahr 200 antisemitische Vorfälle zusammen, und nicht nur die Kommentare, sondern auch viele seiner eigenen Beiträge mussten als antisemitisch eingestuft werden.

Immer wieder verwarfte sich der Betreiber des Telegramkanals gegen den Vorwurf, antisemitisch zu sein. Er habe nichts gegen Juden, er hasse nur «die Zionisten». Liest man seine Posts, wird aber schnell klar, dass er damit nicht einfach Israelis oder Jüdinnen und Juden meint, die einen israelischen Staat befürworten. «Die Zionisten» sind für ihn diese allmächtige Gruppe, die alles beherrscht und nur vorgibt, jüdisch zu sein, um vom Opferstatus durch den Holocaust zu profitieren und in Israel die palästinensische Bevölkerung unterdrücken zu können. Ebenfalls behauptete er mehrmals, dass die Medien in der Schweiz «zionistisch beherrscht» seien. Viele vermeintliche «Heilsbringer» der staatskritischen Szene, wie zum Beispiel Donald Trump oder Argentiniens Präsident Javier Milei, sind für den Betreiber des Telegram-Kanals ebenfalls «Zionisten» und als «gesteuerte Opposition» anzusehen. Seine Fixierung auf «die Zionisten» ist also eine Mischung aus der Chasaren-Verschwörungstheorie und der Nutzung des Begriffs «Zionisten» als Codewort für «Juden».

Antisemitische Parole nach IHRA-Definition

Seit Ausbruch des Krieges Israels gegen die Hamas tauchte die Parole «From the river to the sea, Palestine will be free» sehr regelmässig in unterschiedlichen Kontexten auf. Sie wird an Demonstrationen skandiert und findet sich auf Bannern und Schildern wieder. Auf Flyern oder in Aufrufen wird sie als übergreifender Kampfbegriff verwendet. Allgegenwärtig präsent ist sie auch in den sozialen Medien oder als gesprayter Schriftzug auf



Häuserwänden. Die postulierte Freiheit für ein Palästina hat aber inhaltlich eine tiefschwarze Schattenseite, die vielen nicht klar scheint. «From the river to the sea» ist nicht Kritik am israelischen Staat, sondern klar antisemitisch.

Dieser Befund ergibt sich auf Grundlage der IHRA-Antisemitismusdefinition, die weltweit von zahlreichen Staaten und Organisationen anerkannt sowie angewendet wird und auf die sich auch der SIG und die GRA in ihrer Arbeit beziehen. Es ist dabei entscheidend, was der Slogan tatsächlich insinuiert und als Forderung in den Raum stellt. Der «Fluss» und das «Meer», von denen die Rede ist, sind der Jordan und das Mittelmeer. Dazwischen liegen heute der Staat Israel, das Westjordanland und der Gazastreifen. Ein Palästina vom Jordan bis zum Mittelmeer kann es also nur geben, wenn der Staat Israel vorher ausgelöscht wird. Damit wird dem jüdischen Staat das Existenzrecht abgesprochen. Hier kommt die Definition zur Geltung, die dies als antisemitisch wertet. In einem zweiten Schritt müssen die Konsequenzen einer solchen Staatsauflösung Israels in der Realität beachtet werden. In Israel leben gegen sieben Millionen Jüdinnen und Juden, deren Sicherheit existenziell mit dem Staat Israel verbunden ist. Damit kommt der Slogan einem Gewaltaufruf gleich. Am 7. Oktober 2023 wurde der Welt vor Augen geführt, wie eine solche Auslöschung aussehen könnte. Auch die Hamas nutzt diesen Kampfbegriff in ihrer Charta von 2017, in der sie auch explizit die Vernichtung Israels proklamiert.

rechtsjahr wurde dies in den Telegramgruppen besonders oft mit offiziell wirkenden Dokumenten versucht, die entweder gefälscht waren oder aus dem Kontext gerissen wurden. Dort wurden sehr tiefe Opferzahlen vermerkt oder es wurde bestätigt, dass in einem bestimmten Konzentrationslager keine Gaskammern existierten. Hier wurde jedoch unterschlagen, dass es tatsächlich so war, dass nicht alle Konzentrationslager als Vernichtungslager mit Gaskammern konzipiert waren. Das bedeutet aber nicht, dass es keine Vernichtungslager mit Gaskammern gab. Ein weiterer «Beweis» ist die Zahl der in Deutschland lebenden Jüdinnen und Juden um 1933. Diese beläuft sich auf ca. 560'000. Es wird in der Folge argumentiert, wie die Nazis 6 Millionen hätten ermorden können, wenn es ja nur eine halbe Million jüdische Menschen in Deutschland gegeben hatte. Auch hier wird bewusst verschwiegen, dass die Opfer der Schoah aus fast ganz Europa kamen und grösstenteils eben nicht deutsche, sondern osteuropäische Jüdinnen und Juden aus Polen (3 Millionen Ermordete) und aus der damaligen Sowjetunion (1 Million) waren.

Unter Schoahbanalisierung fallen einerseits Kommentare und Posts mit geschmacklosen Witzen oder Aussagen, wonach die Konzentrationslager «schon nicht so schlimm» gewesen seien. Andererseits kommen immer wieder Sätze wie «Hitler hat leider seine Arbeit nicht fertig machen können» vor. Von den 53 Vorfällen in dieser Inhaltskategorie waren 35 schoahleugnend und 18 schoahbanalisierend.

Entsprechende Äusserungen werden in den verschiedensten Milieus getätigt. In der rechtsextremen Szene gibt es sowohl Personen, die den Völkermord an den Jüdinnen und Juden leugnen, als auch solche, die ihn befürworten. Viele der schoahleugnenden oder -banalisierenden Posts stammen aus den untersuchten Telegramgruppen. Inhalt und Urheberschaft der Posts (die Schoah als «grösste Lüge in der Geschichte der Deutschen») lassen aber auf einen rechtsextremen Hintergrund der Verfasserinnen und Verfasser schliessen.

Schoahleugnung/ -banalisierung

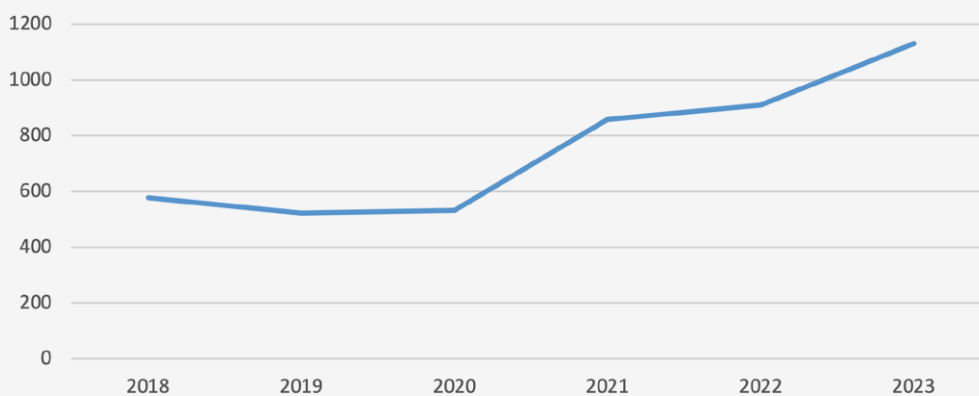
In dieser Inhaltskategorie wurden im Berichtsjahr 53 Vorfälle gezählt. Sie ist damit weiterhin die kleinste der vier Inhaltskategorien. Dennoch stieg die Anzahl der Vorfälle auch in diesem Jahr erneut an (2022: 46). Durch die allgemeine Zunahme der Vorfälle blieb der prozentuale Anteil jedoch in etwa gleich. Es kam zu eindeutigen Aussagen, die direkt die Schoah leugneten. So wurde beispielsweise bestritten, dass sechs Millionen Jüdinnen und Juden ermordet wurden oder dass Vernichtungslager mit Gaskammern existierten. Im Be-

2. Statistiken

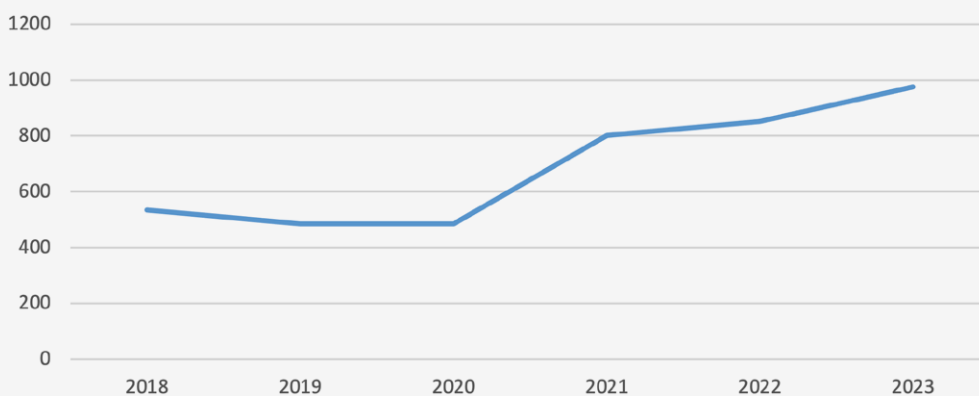
2.1 Vorfälle des Jahres 2023 in der deutsch-, der italienisch- und der rätoromanischsprachigen Schweiz

Zeitliche Entwicklung der antisemitischen Vorfälle

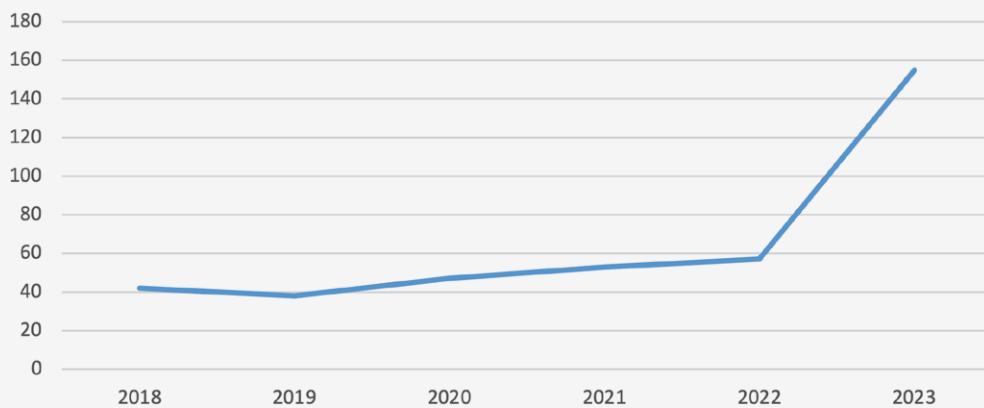
Entwicklung antisemitischer Vorfälle 2018 – 2023 (alle Vorfälle)



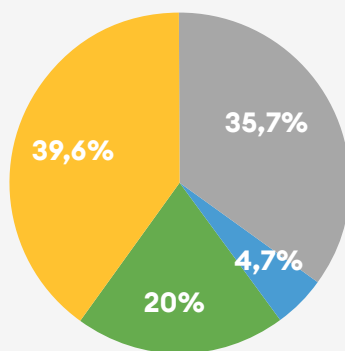
Entwicklung antisemitischer Vorfälle 2018 – 2023 (Online)



Entwicklung antisemitischer Vorfälle 2018 – 2023 (reale Welt)



Verteilung der Vorfälle nach Inhalt

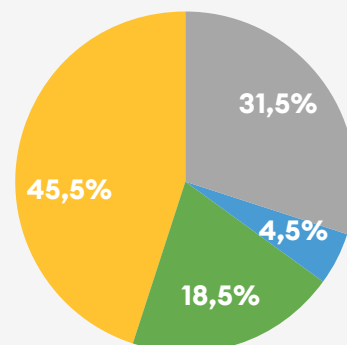


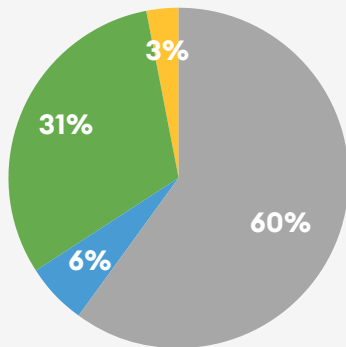
Verteilung nach Inhalt (alle Vorfälle)

- Antisemitismus allgemein **35,7%**
- Schoahleugnung/-banalisierung **4,7%**
- Antisemitismus israelbezogen **20%**
- Antisemitische Verschwörungstheorien **39,6%**

Verteilung nach Inhalt (Online)

- Antisemitismus allgemein **31,5%**
- Schoahleugnung/-banalisierung **4,5%**
- Antisemitismus israelbezogen **18,5%**
- Antisemitische Verschwörungstheorien **45,5%**

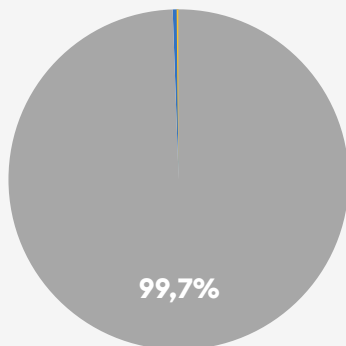




Verteilung nach Inhalt (reale Welt)

- Antisemitismus allgemein **60%**
- Schoahleugnung/-banalisierung **6%**
- Antisemitismus israelbezogen **31%**
- Antisemitische Verschwörungstheorien **3%**

Verteilung der Vorfälle nach Form

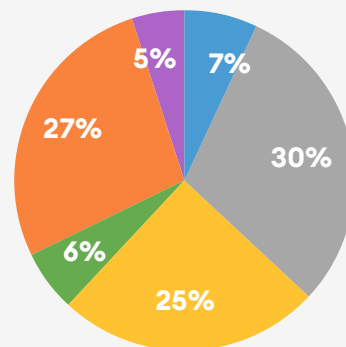


Verteilung nach Form (online)

- Aussagen **99,7%**
- Karikaturen **0,2%**
- Beschimpfungen **0,1%**

Verteilung nach Form (reale Welt)

- Tötlichkeiten **7%**
- Beschimpfungen **30%**
- Aussagen **25%**
- Plakate/Banner **6%**
- Schmierereien **27%**
- Auftritte **5%**

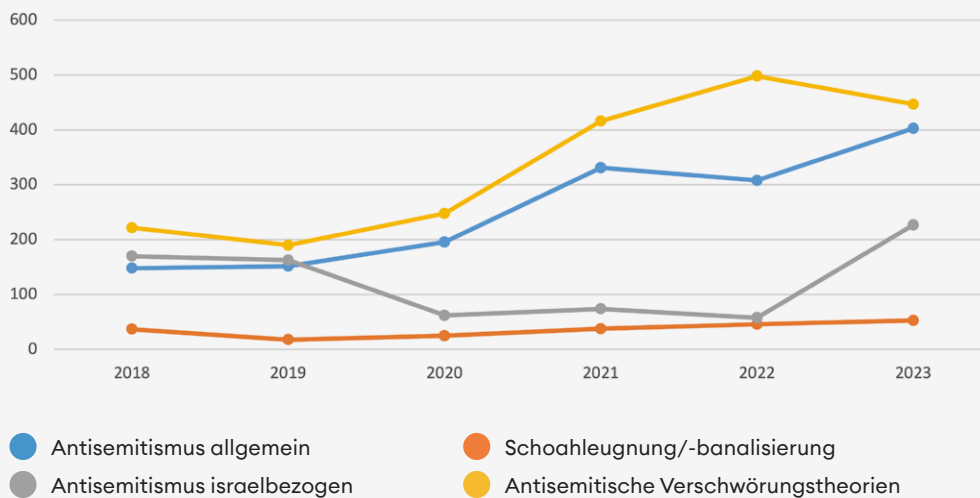


Vergleich aller Vorfälle pro Monat in den Jahren 2022 und 2023

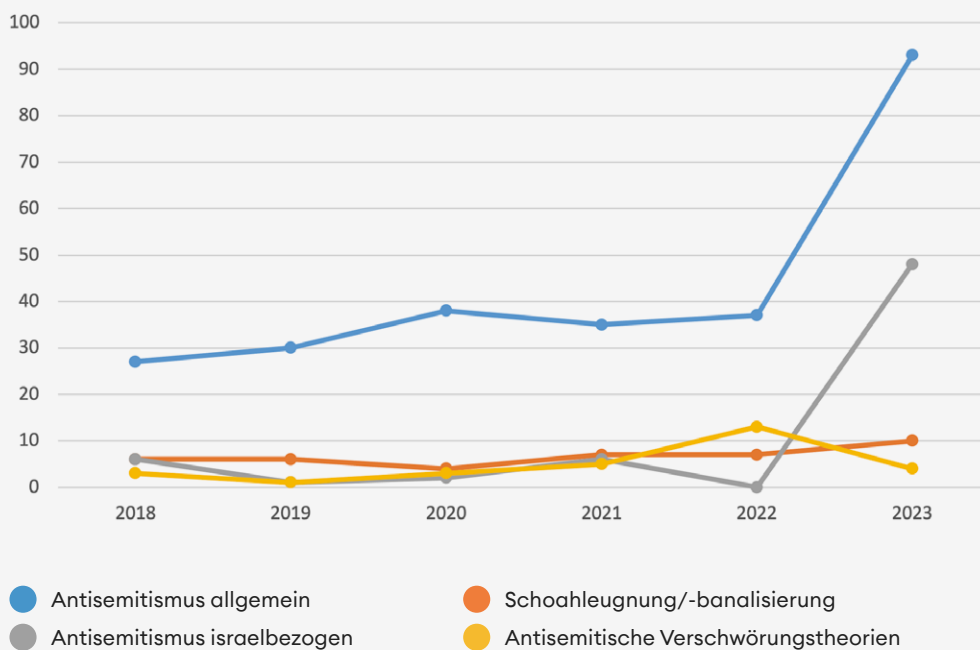
Monat	Vorfälle gesamt		davon Handlungen		davon Zusendungen		davon online	
	2023	2022	2023	2022	2023	2022	2023	2022
Januar	68	73	2	1	1	3	65	69
Februar	64	83	2	4	1	4	61	75
März	68	104	1	2	3	0	64	102
April	107	86	6	3	2	2	99	81
Mai	45	80	4	2	1	2	40	76
Juni	28	62	2	4	0	12	26	46
Juli	57	50	2	3	1	0	54	47
August	56	57	7	3	1	1	48	53
September	49	75	6	3	0	0	43	72
Oktober	239	119	37	3	13	0	189	116
November	238	82	37	3	10	1	191	78
Dezember	111	39	13	0	3	1	95	38
Gesamt	1130	910	119	31	36	26	975	853

Zeitliche Entwicklung der Vorfälle seit 2018

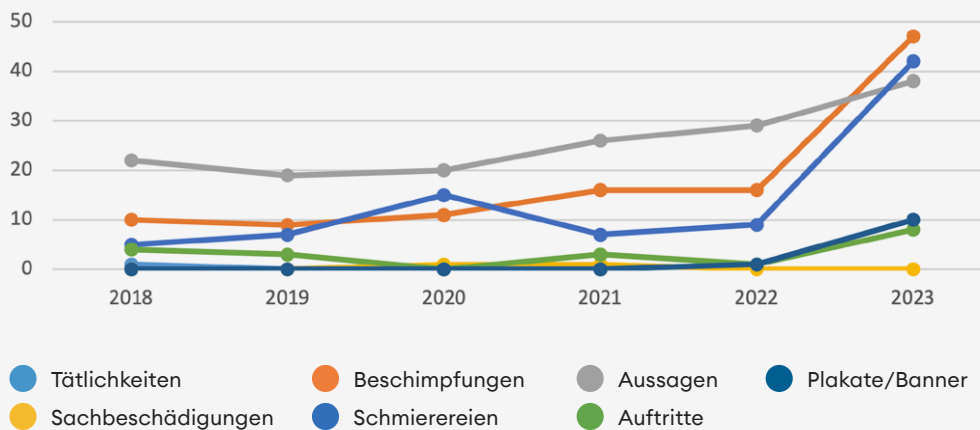
Zeitliche Entwicklung nach Inhalt (alle Vorfälle)



Zeitliche Entwicklung nach Inhalt (reale Welt)



Zeitliche Entwicklung nach Form (reale Welt)



2.2 Die Onlinevorfälle

Erfassung von Onlinevorfällen

Das Monitoring von Antisemitismus im Onlinebereich bringt einige Schwierigkeiten mit sich. Aufgrund der hohen Zahl an Onlineposts ist es auch mit grossen Ressourcen nicht möglich, alle Social-Media-Plattformen und alle Online-medien-Erzeugnisse abzudecken. Daher dienen die erfassten Fälle nicht der Bestimmung des absoluten Niveaus antisemitischer Äusserungen im Netz. Dem SIG ist es anhand seines Onlinemonitorings jedoch möglich, gewisse Trends und Stimmungslagen zu erfassen und im Antisemitismusbericht abzubilden. Die so erhobenen Zahlen helfen zudem, eine möglichst aussagekräftige qualitative Analyse zu erstellen.

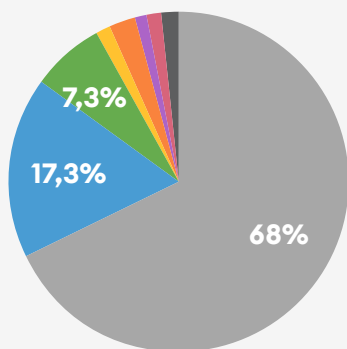
Die so erhobenen Zahlen helfen zudem, eine möglichst aussagekräftige qualitative Analyse zu erstellen.

Verteilung der Onlinevorfälle

Die folgende Tabelle zeigt, wo die Onlinevorfälle registriert wurden. Dabei ist zu beachten, dass bei den Medien («20 Minuten», «Blick» usw.) nur diejenigen Vorfälle gezählt werden, die auf der Website des jeweiligen Mediums in den Kommentarspalten beobachtet wurden. Kommentare zu den auf der Facebook-Seite der Medien geposteten Artikeln zählen zur Kategorie «Facebook».

Verteilung Onlinevorfälle nach Plattform

	Telegram	Twitter	Facebook	Inside Paradeplatz	WhatsApp	Watson	Die Weltwoche	Tages-Anzeiger	Instagram	20 Minuten	NZZ	CH Media	Andere	Total
Januar	49	13	1	1	1									65
Februar	32	23				2	4							61
März	43	12	6				3							64
April	60	15	15	7									2	99
Mai	23	11	2				1						3	40
Juni	14	7	3					2						26
Juli	42	2	4	4					1				1	54
August	19		16						11	1			1	48
September	40	1	2											43
Oktober	160	19	3		2				4				1	189
November	119	45	13		1				5	1	2		5	191
Dezember	61	21	6						1			3	3	95
Total 2023	662	169	71	12	4	2	8	2	22	2	2	3	16	975
Anteil in %	68,0%	17,3%	7,3%	1,23%	0,4%	0,2%	0,8%	0,2%	2,25%	0,2%	0,2%	0,3%	1,64%	100,0%



- Telegram **68%**
- X (ehemals Twitter) **17,3%**
- Facebook **7,3%**
- Inside Paradeplatz **1,23%**
- Instagram **2,25%**
- Weltwoche **0,8%**
- Andere **1,64%**
- WhatsApp **0,4%**
- Watson **0,2%**
- Tages-Anzeiger **0,2%**
- 20 Minuten **0,2%**
- NZZ **0,2%**
- CH Media **0,3%**

2.3 Trigger

Als Trigger werden Anlässe oder Ereignisse bezeichnet, die für einen begrenzten Zeitraum (meist wenige Tage) eine massiv höhere Anzahl an antisemitischen Vorfällen zur Folge haben. Dies kann auf internationale (etwa im Zusammenhang mit dem Nahen Osten) oder auf nationale Ereignisse (lokale Abstimmungen, Gerichtsprozesse usw.) respektive auf Medienberichte dazu zurückgeführt werden.

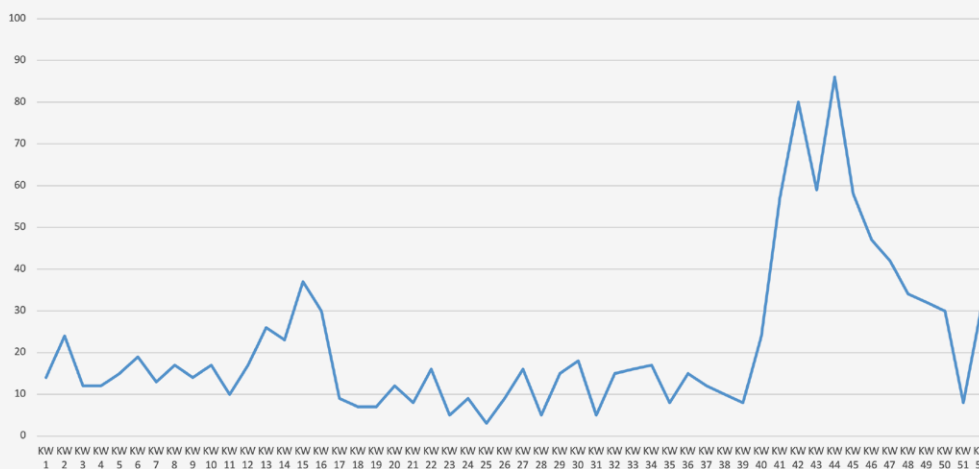
In früheren Jahren konnten die meisten Spitzen im folgenden Diagramm bestimmten Triggern zugeordnet werden. Durch die Coronapandemie und den Ukrainekrieg sowie durch das Monitoring der Telegramgruppen hat sich dies verändert. Es gab und gibt nun zwei langfristige Trigger («Corona» und «Ukrainekrieg»), die direkt oder indirekt stetig für antisemitische

Vorfälle sorgen. Die Anschläge vom 7. Oktober 2023 und der darauffolgende Krieg Israels gegen die Hamas stellen einen sehr starken Trigger dar, der für einige Wochen zu einer massiven Zunahme an antisemitischen Vorfällen führte, was im Diagramm gut ersichtlich ist.

Es gab zwar immer noch kleinere Trigger, die aber nicht zwingend zu klaren Ausschlägen im Diagramm führten. 2023 waren dies zum Beispiel ein Artikel über den SIG auf «Inside Paradeplatz» und das Video von streng-religiösen jüdischen Touristinnen und Touristen mit Kinderwagen auf einem Biketrail, das auf mehreren Plattformen zu zahlreichen antisemitischen Kommentaren führte.



Anzahl aller Vorfälle, auf Kalenderwochen verteilt



3. Die gravierendsten Vorfälle

Tätlichkeiten

- Ein jüdischer Schüler wird im April an einer Sekundarschule im Kanton Basel-Landschaft als «Scheissjude» beleidigt und auch geschlagen.
- Ein jüdischer Tourist wird im August von einem Einheimischen auf einem Parkplatz in Saas-Fee im Wallis beschimpft. Letzterer steigt danach in sein Auto ein und versucht, den Touristen zu überfahren.
- Ein Schüler einer Bezirksschule im Kanton Aargau wird beschimpft (Hitlergruss, «Dich sollte man vergasen!»), geschubst, geschlagen und ihm werden die Hosen heruntergezogen.
- Ein streng-religiöses Geschwisterpaar wird am Bahnhof Zürich Flughafen unvermittelt von einem Mann je mit einem Boxschlag traktiert.
- Nach einem Streit um ein falsch parkiertes Auto im November in der Stadt Zürich wird ein Mann von zwei Männern gewürgt, bedroht und gefragt, ob er Jude sei.

Beschimpfungen

- Im Januar wird in der Stadt Zürich ein jüdischer Mann mit «Heil Hitler!» angeschrien.
- Einer jüdischen Schülerin wird im Juni im Kanton Bern von Mitschülern gesagt: «Jüdin, Jüdin. Wir müssen die Juden besiegen für das Deutsche Reich.»
- Eine jüdische Politikerin wird in der Stadt Zürich beim Flyerverteilen im Oktober über eine längere Zeit mit Aussagen wie «Zionistenscheiss», «Judenscheiss» und «Massenmörder» beschimpft.

- Eine Frau läuft im November auf einem Platz in der Stadt Zürich an den leeren Schabbestischen zur Erinnerung an die Hamasgeiseln vorbei und schreit Personen mit «Scheissjude, nur wegen euch Scheissjuden haben sie den Platz gesperrt!» an.

Aussagen

- Ein Stockwerkeigentümer im Kanton Graubünden bekommt im März einen Brief, dass die Stockwerkeigentümersammlung beschlossen habe, dass er in Zukunft seine Wohnung nicht mehr an jüdische Personen vermieten dürfe.
- Ein Fahrlehrer sagt im April im Kanton Zürich zu seiner Schülerin, dass Juden geldgierig seien, ohne zu wissen, dass sie jüdisch ist.

Zusendungen

- Der SIG erhält im Oktober eine E-Mail, in der steht: «Wir werden euch Jagen und alle Töten das so lange biss von euch niemand mehr lebt».
- Eine jüdische Gemeinde im Kanton Bern bekommt im Oktober eine E-Mail, in der steht: «Gaskammer wieder um dreckige stinke Juden endlich aus Erde zu bereinigen.»
- Eine jüdische Gemeinde im Kanton Zürich erhält im Oktober einen Brief, in dem steht: «Ich freue mich über die Sonderbehandlung der Juden durch die Hamas. Eine wunderschöne Aktion. Ich hoffe, es gibt noch mehr. Heinrich Himmler wäre stolz darauf. Ich bedaure dass die SS die Arbeit nicht vollenden konnte. Dann gäbe es keinen Saujudenstaat.» Gezeichnet war das Schreiben mit «Heil Hitler!».



Schmierereien

- Im Oktober und November wird in der Stadt Zürich mehrmals «Tot (sic!) den Juden» an Wände gesprayt.
- Im Kanton Basel-Stadt wird im November an eine Wand «Vertreibt die Juden aus Europa oder die weisse Rasse wird untergehen» gesprayt.
- Im November werden in Küsnacht im Kanton Zürich auf einen Weg zahlreiche Hakenkreuze und Parolen wie «Fuck Jews» geschmiert.
- Im Dezember wird in der Stadt Zürich auf einem öffentlichen WC unter einen Davidstern geschrieben: «Ab in den Ofen! Für eine bessere friedlichere Welt :-)».

Plakate/Banner

- Auf propalästinensischen Demonstrationen in verschiedenen Städten wird die Parole «From the river to the sea, Palestine will be free» auf Bannern und Schildern gezeigt. Ebenfalls kommt es zu Nazi- und Holocaustvergleichen, und es werden Schilder wie «Well done Israel, Hitler would be proud» beobachtet.

rechtsextremen oder islamistischen Kreisen aus. Diese Lagebeurteilung fusst auf den Erfahrungen mehrerer terroristischer Angriffe weltweit und im europäischen Umfeld. Der Nachrichtendienst des Bundes NDB bekräftigt diese Einschätzung in seinem jährlichen Lagebericht und stuft insbesondere die jüdische und die muslimische Gemeinschaft als erhöht gefährdet ein.

Europa sieht sich seit über zehn Jahren mit einer steigenden Bedrohung extremistischer Gewalt konfrontiert. Die zahlreichen Attentate zeigen, dass es sich dabei nicht um ein vorübergehendes Phänomen handelt, sondern um ein permanentes und reales Sicherheitsrisiko. Betroffen waren über ein Dutzend europäische Länder, was auch zeigt, dass derartige terroristische Aktionen vor Grenzen nicht halt machen. Wiederholt richteten sich Angriffe spezifisch auf jüdische Einrichtungen. Die Anschläge auf das Jüdische Museum von Belgien in Brüssel, eine Synagoge in Kopenhagen, eine jüdische Schule in Toulouse, einen Supermarkt für koschere Waren in Paris und eine Synagoge in Halle sind Beispiele für gezielte und antisemitisch motivierte Angriffe auf die jüdische Gemeinschaft. Weltweit sind auch die Anschläge auf die Synagogen in Pittsburgh und San Diego in den Vereinigten Staaten zu nennen.

Die jüdische Gemeinschaft in der Schweiz ist schon seit Jahrzehnten mit höheren Anforderungen an die Sicherheit konfrontiert. Auf die nochmals erhöhte Bedrohung in den letzten Jahren wurde zeitnah reagiert. Die Sicherheitskonzepte wurden angepasst und verstärkt. Dazu gehören Gebäudesicherung, Sicherheitspersonal und Ausbildung. Die daraus resultierenden Kosten sind für die jüdischen Gemeinden eine grosse Belastung. Eine akkurate Sicherung jüdischer Einrichtungen ist nicht verhandelbar, und darum können die Sicherheitsmassnahmen trotz der finanziellen Belastung nicht reduziert werden. Die jüdischen Gemeinden haben die Belastungsgrenze vor Jahren

4. Sicherheit der jüdischen Gemeinschaft in der Schweiz

Antisemitismus in seiner extremsten Form äussert sich in physischen Angriffen auf jüdische Menschen und Einrichtungen. Die jüdische Gemeinschaft und ihre Institutionen in der Schweiz sind einer erhöhten Bedrohung ausgesetzt. Versammlungsorte, Synagogen oder Schulen könnten Ziele terroristischer Angriffe werden. Insbesondere geht diese Gefahr von



erreicht und mussten folglich an Ausgaben bei anderen Budgetposten wie Ausbildung, Veranstaltungen oder Erziehung sparen. Das trifft direkt den Kern einer Religionsgemeinschaft: die Ausübung ihrer Religion.

Nach jahrelangen Debatten um Verantwortung und Zuständigkeiten im Sicherheitsbereich wurde 2017 die unbefriedigende Lage vom Bund anerkannt. Im November 2019 setzte der Bundesrat schliesslich die «Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen» VSMS in Kraft. Die Verordnung entspricht dem Beschluss des Bundesrats vom Juli 2018, die Sicherheit gefährdeter Minderheiten zu stärken und sie bei der Finanzierung im Bereich Sicherheit zu entlasten. Die in der Verordnung definierten Massnahmen basieren auf dem Schutzkonzept, das eine Arbeitsgruppe mit Vertreterinnen und Vertretern des Bundes, der Kantone und Städte sowie der betroffenen Minderheiten, darunter des SIG, vorgeschlagen hatte. Die Verordnung sieht vor, dass sicherheitsrelevante Projekte der betroffenen Minderheiten in den Bereichen bauliche und technische Massnahmen, Ausbildung, Sensibilisierung und Information unterstützt werden.

Der Bund sah damals lediglich Unterstützungsleistungen in Höhe von bis zu 500'000 Schweizer Franken für die genannten Massnahmen pro Jahr vor. Bisher wurden vom fedpol drei Gesuchszyklen 2020 bis 2022 durchgeführt. Die von jüdischen Gemeinden und Einrichtungen eingegebenen Projekte zielten vor allem auf bauliche Massnahmen ab, welche die Sicherheit von Synagogen, Schulen und Gemeindefeinrichtungen erhöhen. Die Menge an Gesuchen haben den dringlichen Bedarf der jüdischen Gemeinschaft nach Unterstützung im Sicherheitsbereich gezeigt. So wurden von 2020 bis 2022 insgesamt 27 Gesuche bewilligt, davon 23 aus der jüdischen Gemeinschaft. Der Bedarf an finanziellen Mitteln zur Verbesserung der Sicherheit der jüdischen

Einrichtungen überstieg jedoch die zur Verfügung stehenden Mittel jeweils deutlich. Einige Gesuche mussten darum abgelehnt werden. Es wurde auch deutlich, dass eine Unterstützung bei den laufenden Sicherheitskosten dringend angezeigt ist.

Der Bundesrat entschied schliesslich im April 2022, die Mittel des Bundes ab 2023 von 500'000 Franken auf insgesamt 2,5 Millionen Franken pro Jahr zu erhöhen. In diesem Rahmen standen neu Mittel für Beteiligungen des Bundes an ganzheitlichen Sicherheitskonzepten zur Sicherung gefährdeter Einrichtungen zur Verfügung. Damit berücksichtigte der Bund erstmals die hohen laufenden Sicherheitskosten gefährdeter Einrichtungen. Die hohe Nachfrage nach Unterstützung wurde 2023 bei der Anzahl Bewilligungen deutlich. Von den nun 34 bewilligten Gesuchen entfielen 26 auf die jüdische Gemeinschaft. Die Dringlichkeit der neu geschaffenen Unterstützung für Sicherheitskonzepte zeigen die 19 entsprechenden Projekte nur für diese Kategorie.

Dieser Zahl an Bewilligungen standen unbewilligte Gesuche gegenüber, die im Regelfall wegen ungenügender Mittel nicht bedient werden konnten. Das zeigten noch 2023 die vielen offenen und nötigen Sicherheitsmassnahmen jüdischer Institutionen und die damit verbundenen laufenden Sicherheitskosten, welche die jüdische Gemeinschaft belasteten. Der SIG ging weiter von mehreren Millionen Franken aus, die jüdische Gemeinden und jüdische Einrichtungen aufgrund ihrer exponierten Lage selbst finanzieren müssten. Die allgemeine Lage hatte sich seit Ausbruch des Krieges Israels gegen die Hamas nochmals deutlich verschärft, weshalb die Sicherheitsmassnahmen erhöht werden mussten. Ein Ende dieser Situation ist weiterhin nicht abzusehen. Auf dieser Grundlage bewilligte das Parlament im Dezember 2023 eine Erhöhung der Mittel für Sicherheitsmassnahmen gefährdeter Minderheiten um weitere 2,5 Millionen Franken – mit bemerkenswert hoher Zustimmung in beiden Kammern. Damit dürfte die Finanzierung aller



Gesuche für das Jahr 2024 gesichert sein.

Der Bund hatte seit Beginn des Prozesses die Kantone dazu aufgefordert, einen eigenen Anteil an den Kosten zu leisten. Mittlerweile haben sich fast alle Kantone und Städte mit grösseren jüdischen Gemeinden dazu entschlossen, sich an den Sicherheitskosten zu beteiligen. Kanton und Stadt Zürich sowie die Kantone Genf, Bern und Basel-Stadt setzten umfangreichere Finanzierungshilfen und Lösungen um. In Basel-Stadt wurden Lösungen schon vor Inkrafttreten der Bundesgesetzgebung erarbeitet. Es sind jedoch derzeit Bestrebungen im Gang, dies anzugleichen. Weitere Unterstützungsleistungen haben die Kantone Waadt sowie die Städte Biel, Lausanne und Winterthur gesprochen.

Der Entscheid des Parlaments Ende 2023 und die Erhöhung der Mittel kommen zum richtigen Zeitpunkt. Es ist die dringend erwartete Reaktion auf die angespannte Sicherheitslage. Die finanzielle Entlastung wird nicht umgehend spürbar sein, sondern erst mit einem Verzug bis zur Bewilligung und Umsetzung. Bis dahin müssen sich jüdische Gemeinden und Institutionen laufend an die Sicherheitsanforderungen anpassen, um Mitglieder, Einrichtungen, Schulen etc. zu schützen. Es ist erfreulich und zu begrüßen, dass dieses verantwortungsvolle und rasche Handeln des Parlaments zu spürbaren Entlastungen bei den Sicherheitskosten jüdischer Gemeinden und Einrichtungen führen wird. Trotzdem und weiterhin sind alle Kantone mit jüdischen Einrichtungen aufgefordert, regelmässige und substanzielle Beiträge für laufende Sicherheitskosten zu leisten. Ziel muss es sein, dass die jüdische Gemeinschaft dauerhaft im Sicherheitsbereich mit griffigen Massnahmen und nachhaltig finanziell entlastet wird.

5. Empfehlungen und Handlungsfelder

Der jährlich erscheinende Antisemitismusbericht des SIG und der GRA gibt einen wichtigen Einblick in das Problemfeld Antisemitismus in der Schweiz. Mit den gemeldeten und beobachteten Vorfällen sowie deren Analyse werden Formen, Ausmass und Ursprünge sichtbar. Im Mehrjahresvergleich können damit auch Potenziale, Entwicklungen und Dynamiken abgelesen werden. Für den SIG und die GRA selbst, aber eben auch für die Politik, für Bildungsinstitutionen, Medien und schliesslich für die Bevölkerung ergeben sich dadurch wichtige Anhaltspunkte für die Beurteilung der Situation. Auf dieser Basis können entsprechende Massnahmen in der Prävention, der Aufklärung und der strafrechtlichen Verfolgung entwickelt werden. Jüdische Verbände und Organisationen aus der Zivilgesellschaft stossen mit ihren Ressourcen aber immer mehr an ihre Grenzen. Deshalb fordern SIG und GRA ein grösseres staatliches Engagement, damit eine umfassende 360-Grad-Sicht des Themas Antisemitismus in der Schweiz erstellt werden kann.

Mehr Unterstützung des Bundes bei der Antisemitismuserfassung

Der Bund sollte vermehrt die verschiedenen bestehenden Beobachtungs- und Analyseinstrumente aus der Zivilgesellschaft unterstützen. Gleichzeitig sollte der Bund auch eigene Beobachtungs- und Analyseinstrumente, wie die regelmässige Umfrage «Zusammenleben in der Schweiz» oder die Meldeplattform für rassistische Online-Hassrede, stärken und weiterentwickeln.



Mehr rechtliche Möglichkeiten im Kampf gegen Antisemitismus im Netz

Die Justizbehörden sollten zusätzliche juristische Mittel zur Beobachtung und Verfolgung von Verfasserinnen und Verfassern, die antisemitische Hassrede und Verschwörungstheorien im Internet verbreiten, prüfen. Dazu gehört insbesondere, dass Social-Media-Plattformen verpflichtet sein müssen, eine Domiziladresse in der Schweiz zu besitzen, damit die Strafverfolgungsbehörden einen Ansprechpartner haben. Auch sind die Plattformen selbst in der Pflicht, die eigenen Anstrengungen zur Eindämmung solcher Beiträge stark zu erhöhen. Dies gilt insbesondere für Telegram.

Mehr Unterstützung des Bundes im Bereich Prävention

Präventionsprojekte aus der Zivilgesellschaft müssen vom Bund vermehrt, regelmässig und einer Strategie folgend unterstützt werden. Damit kann dem Antisemitismus der Nährboden früh entzogen werden. Auch den Schulen kommt hier eine wichtige Rolle zu. Schliesslich können Unternehmen und Organisationen ihre Leitlinien und Werte in Bezug auf den Umgang mit Religion, Minderheiten, Antisemitismus und Rassismus überprüfen sowie weiterentwickeln.

Nazis-Symbole in der Öffentlichkeit verbieten

Die Politik ist angehalten, nun endlich die Verwendung von Nazi-Symbolen in der Öffentlichkeit zu verbieten. Obwohl offenbar der Wille da ist, führen die im Parlament zahlreichen häufigen und sehr ähnlichen Vorstösse zum Thema zu einer uferlosen Debatte und damit zu einer unnötigen Verzögerung. Falls es keine Einigung auf die zu verbietenden Symbole gibt, droht das ganze Projekt zu scheitern. Der SIG

fordert darum in einem ersten Schritt zuerst einen klaren Katalog von Nazi-Symbolen, wie das Hakenkreuz, den Hitlergruss, die Sieg-Rune der SS, den SS-Totenkopf sowie den gelben «Judenstern», zu verbieten, welcher der Bevölkerung nachvollziehbar vermittelt werden kann. Das schliesst nicht aus, dass in folgenden Schritten weitere extremistische Symbole verboten werden und damit auch die Forderung der GRA umgesetzt wird, die sich für eine offenere Definition des Verbots einsetzt.

Eine nationale Strategie im Kampf gegen Antisemitismus

Um all diese Punkte sinnvoll und gezielt umsetzen zu können, braucht es eine nationale Strategie gegen Antisemitismus. Diese wird bereits von einer Mehrheit des Parlaments gefordert. Nationale Strategien und Aktionspläne gegen Antisemitismus existieren schon in vielen europäischen Staaten oder werden zurzeit erarbeitet. Wir ersuchen den Bundesrat, die Entwicklung einer solchen Strategie zu unterstützen. SIG und GRA sind bereit, dabei begleitend mitzuwirken.

6. Prävention gegen Antisemitismus

Seit Beginn des Projekts Likrat vor zwanzig Jahren haben die Begegnungen mit Schulklassen stetig zugenommen. Das Jahr 2023 kann mit 173 erfolgten Schulbesuchen als weiterer Erfolg gewertet werden. Die Zunahme an antisemitischen Vorfällen seit Oktober zeigt, wie wichtig die Sensibilisierungsarbeit durch Likrat ist, vor allem auch an Schulen.

Likrat Public, das Programm für Erwachsene, führte 40 Begegnungen durch. Der Fokus lag bei Spitälern und anderen Gesundheitseinrich-



tungen, da hier viele Fragen und Herausforderungen rund um jüdische Patientinnen und Patienten auftreten. Zudem wurde die Polizei in Basel und Zürich auf die Bedürfnisse der jüdischen Minderheit sensibilisiert.

Mit dem Ende von Tischa beAv startete Anfang August das Sommerprojekt von Likrat Public. Das Vermittlungs- und Dialogprojekt wurde bereits zum fünften Mal in Davos, im Saastal und im Engadin durchgeführt. In den vergangenen Jahren hat das Projekt viel dazu beigetragen, Missverständnisse zwischen der lokalen Bevölkerung und den jüdischen Gästen vorzubeugen sowie beiden Seiten kulturelle Eigenarten zu erklären.

7. Positive Entwicklungen im Jahr 2023

Das Parlament bewilligte eine weitere Erhöhung der Mittel für Sicherheitsmassnahmen gefährdeter Minderheiten um 2,5 Millionen Franken. Damit werden dringend benötigte Mittel frei, um die gefährdeten Einrichtungen der jüdischen Gemeinschaft in der Schweiz besser zu schützen und diese Massnahmen auch finanziell überhaupt möglich zu machen. Die bisherigen Mittel reichten für die zahlreichen Unterstützungsgesuche nicht aus.

Siehe dazu Kapitel 4 «Sicherheit der jüdischen Gemeinschaft in der Schweiz.»

Im April gab der Bundesrat grünes Licht für die Schaffung eines Memorials für die Opfer des Nationalsozialismus. Das Mahnmal soll in Bern entstehen und für die Öffentlichkeit zugänglich sein. Zudem wird in Zusammenarbeit mit dem Kanton St. Gallen die Planung eines grenzüberschreitenden Vermittlungs- und Vernetzungsortes unterstützt.

Nach dem Kanton Basel-Stadt konnte der SIG auch mit dem Kanton Bern, der Stadt Zürich und dem Kanton St. Gallen eine Leistungsvereinbarung für seine Melde- und Beratungsstelle Antisemitismus abschliessen. Darin wird vereinbart, dass der SIG die Melde- und Beratungsstelle Antisemitismus für diese Kantone beziehungsweise Städte übernimmt.

8. Was nach dem 7. Oktober 2023 an einigen Universitäten geschah – Versuch einer Einordnung

Nach dem 7. Oktober 2023, nach der schrecklichen Terrorattacke der Hamas auf Israel, ging zunächst eine Solidaritätswelle durch die Schweiz. Die Verbrechen der Hamas wurden einhellig verurteilt, und Israel wurde das Recht zugestanden, sich gegen die islamistische Hamas zu verteidigen. Besonders das Schicksal der von den Terroristen entführten Geiseln, darunter Babys und auf medizinische Hilfe angewiesene Menschen, schockierte die breite Öffentlichkeit. Die Solidarität verebbte jedoch rasch und wurde von einem anderen Narrativ verdrängt: dem Narrativ des Kampfes eines unterdrückten Volkes gegen imperialistische Okkupanten, die ohne Rücksicht ihre Interessen wahren. Die Geiseln verkamen zu Siedlern, denen angeblich nur Recht geschah und die nun die Konsequenzen ihres Handelns ertragen mussten. Dieses Umschwenken kam überraschend schnell und deutlich. Die sozialen Medien verstärkten den Effekt. Fortan wurde der 7. Oktober 2023 als Casus Belli radikal ausgeblendet und verschwiegen. Das neue Narrativ knüpfte an die Geschichte des



Nahen Ostens zur Zeit der osmanischen Besetzung an und zog über die Präsenz der Briten eine direkte Linie in die Gegenwart. Diesem Narrativ gemäss musste Palästina befreit und «From the river to the sea» errichtet werden. Dass damit dem Staat Israel sein Existenzrecht entzogen wird, ist evident, im politischen Diskurs jedoch kaum präsent.

Bei der Bedienung und Pflege dieses Narrativs waren auch universitäre Institutionen beteiligt – nicht nur in Amerika, wo die Diskussionen und antisemitischen Agitationen von Studierenden Eingang in politische Diskussionen fanden und gar zur Absetzung der Präsidentin der Harvard University führten, sondern auch in der Schweiz. Hierzulande gerieten die Universitäten Basel und Bern sowie Fachhochschulen in den Strudel des Antisemitismus. Involviert waren neuere, sich mehr und mehr ausführende, geisteswissenschaftliche Disziplinen, so namentlich die Urban Studies, die sich insbesondere der Aufdeckung sozialer und ökonomischer Missstände verschrieben haben und einem fast totalitären Wokismus frönen. Sie prangern jede Form der Ausgrenzung, der sozialen und sexuellen Stigmatisierung an. Die Welt zerfällt in das unterdrückende Böse und das nach Befreiung schreiende Gute. Israel und die «Juden» sind auf der Seite der Bösen. Zu Recht weist der französische Philosoph Alain Finkielkraut in der «Neuen Zürcher Zeitung» vom 28. Dezember 2023 mit aller Deutlichkeit darauf hin, dass Israel für die Woke-Aktivist*innen das Zentrum des Bösen sei. Der Wokismus als Ideologie sei hartnäckiger als der Kommunismus und verbinde sich in letzter Konsequenz mit dem Islamismus.

Der Wokismus entbehrt jeglicher methodischer Tiefe und verzichtet weitgehend darauf, seine Resultate zur Diskussion zu stellen. Er erhebt Forschungsergebnisse zur Wahrheit und leitet aus ihnen gesellschaftliches Handeln ab. Solche Vorgehensweisen haben an einer Universität nichts verloren, denn der Versuch, ein Geschehen zu erklären, heisst nicht per se, es

zu legitimieren oder es zu verurteilen. Studentinnen und Studenten waren schon immer politische Wesen, die sich gesellschaftspolitisch und zivilgesellschaftlich engagieren. An den Universitäten wurden sie jedoch dazu angehalten, ihre ideologische Brille abzulegen und auch die Argumente der anderen Seite anzuhören. Der römische Rechtsgrundsatz «audiat et altera pars» ist ein genereller Grundsatz unserer westlichen Wertegemeinschaft. Darauf baut auch die Staatsform der Demokratie auf. Die andere Seite intellektuell und ideologisch auszublenden, führt in eine blinde Ideologie, ist intellektueller Populismus, da komplexe wissenschaftliche Fragestellungen reduziert und mit einfachen Erklärungen bedient werden. Mehr noch: Wird die zukünftige Elite nach diesem Muster erzogen, wird das desaströse Folgen für unser Zusammenleben haben. Hoffnungsvoll stimmt da der Zwischenruf des deutschen Literaturkritikers Ijoma Mangold in «Die Zeit», der das Ende von Woke propagiert.

Die Beispiele in der Schweiz haben gezeigt, dass die Leitungen der Universitäten und Fachhochschulen willens sind, auf antisemitische Agitationen zu reagieren und in ihrer Scientific Community Wissenschaftlichkeit anzumahnen. Dieses Mahnen darf jedoch nicht zur blossen Reaktion auf antisemitische Agitationen oder schlimmer noch zur Alibiübung verkommen. Wissenschaftliche Standards, das Einfordern von Methodenvielfalt sowie eine stetige Sicherung der akademischen Qualität sind zentral; die Universitäten sollen weiterhin die Rolle spielen, die ihnen seit der Entstehung der modernen europäischen Universität zugedacht ist, nämlich, ein verlässlicher gesellschaftlicher Spiegel und Korrektiv zu sein.

Dr. Zsolt Balkanyi-Guery
Präsident der GRA



9. Anhang

9.1 Daten

Form	Tät.				Besch.			Aus.			Auftr.		Sachb.		Schm.		Plak.		Kar.		Hand.	Zus.	On.	Total
Inhalt	H	H	Z	O	H	Z	O	H	Z	O	H	H	H	H	Z	O	Total	Total	Total					
Antisemitismus allgemein	8	27	12	1	9	14	307	0	0	23	0	0	23	0	0	2	67	26	310				403	
Schoahleugnung/-banalisierung	0	3	0	0	3	0	43	0	0	3	1	0	0	0	0	0	10	0	43				53	
Antisemitismus israelbezogen	2	3	2	0	4	4	179	8	0	16	9	0	0	0	0	0	42	6	179				227	
Antisemitische Verschwörungstheorien	0	0	0	0	0	4	443	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	4	443				447	
Total	10	33	15	1	16	22	972	8	0	42	10	0	2	0	2	2	119	36	975				1130	

Legende: Tät. = Tötlichkeiten / Besch. = Beschimpfungen / Aus. = Aussagen / Auftr. = Auftritte / Sachb. = Sachbeschädigungen / Schm. = Schmierereien / Plak. = Plakate/Banner / Kar. = Karikaturen / Hand./H = Handlungen / Zus./Z = Zusendungen / On./O = online.



9.2 Methodik

9.2.1 Wie kommt die Melde- und Beratungsstelle Antisemitismus des SIG zu den Vorfällen?

Gemeldete Vorfälle: Der SIG betreibt eine Melde- und Beratungsstelle Antisemitismus. Über ein Kontaktformular, telefonisch oder per E-Mail können antisemitische Vorfälle gemeldet werden, die selbst erlebt oder beobachtet wurden. Dies können tätliche Angriffe und Beschimpfungen, Schmierereien, Briefe und Nachrichten oder im Internet sowie auf den sozialen Medien entdeckte Posts und Kommentare sein. Mittels Kontaktaufnahme und Recherche wird daraufhin verifiziert, ob der Vorfall wirklich so stattfand und ob es sich dabei tatsächlich um einen antisemitischen Vorfall handelte. Gegebenenfalls wird auch die Glaubwürdigkeit der Zeuginnen und Zeugen oder anderer involvierter Personen überprüft.

Erst nach Abschluss dieser Verifizierung kommt der Vorfall auf die Liste der antisemitischen Vorfälle des betreffenden Jahres.

Medienmonitoring: Der SIG betreibt auch ein Medienmonitoring und nimmt antisemitische Vorfälle auf, über die in den Medien berichtet wurde.

Onlinerecherche: Der SIG recherchiert im Internet, in den sozialen Medien sowie in den Kommentarspalten der Onlinemedien und nimmt antisemitische Vorfälle auf. Es liegt in der Natur des Internets, dass es nicht möglich ist, alle Social-Media-Plattformen und Websites vollständig zu beobachten und so alle Vorfälle zu erfassen. Trotzdem ergibt sich mit dieser Herangehensweise über die Dauer des Berichtsjahres eine Einschätzung zu auslösenden Triggern, zur allgemeinen Grundstimmung und namentlich auch zur Urhebererschaft sowie zu den von dieser verwendeten typischen Narrativen mit Bezug auf antisemitische Äusserungen in den digitalen Medien der Schweiz.



9.2.2 Vorgehen bei der Onlinerecherche

Beim Monitoring im Internet und in den sozialen Medien wird wie folgt vorgegangen:

Twitter und Facebook: Twitter und Facebook: Beobachtung von ungefähr 60 Profilen, die in der Vergangenheit immer wieder antisemitische Inhalte gepostet hatten. Hierbei gibt es stets eine gewisse Fluktuation, da einerseits Profile durch Löschung wegfallen und andererseits neue Profile entdeckt werden, die dann in die Beobachtung aufgenommen werden.

Online-Kommentarspalten von Medien: Beobachtung der Kommentarspalten bei Artikeln, in denen aufgrund der Thematik mit antisemitischen Kommentaren gerechnet werden muss. Dabei handelt es sich um Themen wie jüdisches Leben in der Schweiz oder der Nahostkonflikt, um Artikel über bekannte jüdische Persönlichkeiten und um die Berichterstattung grösserer antisemitischer Vorfälle im In- und Ausland.

Telegram: Seit Mai 2020 beobachtet der SIG gut ein Dutzend Telegramgruppen aus dem Umfeld der sogenannten «Corona-Rebellen» und anderer massnahmenkritischer Gruppierungen.

Websites: Beobachtung bestimmter Websites, die bereits in der Vergangenheit aufgrund antisemitischer Inhalte gemeldet wurden oder schon länger dafür bekannt sind, dass dort immer wieder antisemitische Inhalte auftauchen.

Andere Plattformen wie Instagram oder TikTok: Auch auf diesen Plattformen kommt es vermehrt zu antisemitischen Vorfällen. Es ist jedoch schwierig, das Monitoring auf diese Plattformen auszudehnen, weil sie bei der Beobachtung andere Vorgehensweisen verlangen. Da es sich ausschliesslich um Videos handelt, ist auch die geographische Zuordnung und somit der sichere Schweizbezug schwierig. Die im Bericht aufgeführten Vorfälle auf diesen Plattformen stammen demzufolge ausschliesslich aus Meldungen an die Melde- und Beratungsstelle Antisemitismus.

Beim Onlinemonitoring gilt der Grundsatz: Je mehr man sucht, desto mehr findet man. Die in diesem Bericht präsentierten Zahlen aus dem Onlinemonitoring ermöglichen es allerdings, eine qualitative Analyse durchzuführen sowie Trends und Stimmungsbilder zu erkennen. Die Beobachtung ähnlicher Gruppen und Profile – und das mit einem ähnlichen Ressourceneinsatz – erlaubt auch einen gewissen Vergleich mit den Vorjahren.

9.2.3 Geographische Eingrenzung

Im vorliegenden Bericht werden antisemitische Vorfälle aufgeführt, die sich 2023 in der deutsch-, der italienisch- und der rätoromanischsprachigen Schweiz ereigneten. Für die französischsprachige Schweiz werden sie von der **Coordination intercommunautaire contre l'Antisémitisme et la Diffamation** CICAD erfasst. Die Vorfälle müssen in der Schweiz stattgefunden haben oder sich auf die Schweiz auswirken. Onlinevorfälle werden relevant, wenn der Autor oder die Autorin beziehungsweise der Empfänger oder die Empfängerin eines Posts in der Schweiz wohnhaft ist oder die Organisation, welche die Website betreibt, eine schweizerische ist.

9.2.4 Meldeverhalten

Bei jeder quantitativen Analyse zu Antisemitismus besteht die grundsätzliche Schwierigkeit darin, dass nur Vorfälle gezählt werden können, die tatsächlich gemeldet oder anderweitig bekannt werden. So muss auch in der Schweiz von einer hohen Dunkelziffer an Vorfällen ausgegangen werden, die weder gemeldet noch zur Strafanzeige gebracht werden. Dies kann verschiedene Gründe haben: Das Opfer hat etwa das Gefühl, eine Meldung oder Strafanzeige bringe nichts, oder die Täterinnen und Täter sind Arbeits- oder Schulkolleginnen und -kollegen und das Opfer will die persönliche Situation nicht noch verschlimmern.



Wie hoch die Dunkelziffer nicht gemeldeter Vorfälle ist, lässt sich naturgemäss kaum einschätzen. Einblicke in die Hintergründe der Dunkelziffer gibt die im Sommer 2020 publizierte Studie «Erfahrungen und Wahrnehmungen von Antisemitismus unter Jüdinnen und Juden in der Schweiz» der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW). So kämen die Opfer oft zu dem Schluss, dass sich die Meldung eines Vorfalls an die Polizei oder an spezialisierte Organisationen wie den SIG oder die GRA nicht lohne – sei es wegen des Aufwands, der Konsequenzen oder aus anderen Gründen. Besorgniserregend ist, dass es sich dabei oftmals um verbale Belästigungen und Beleidigungen im öffentlichen Raum, aber auch am Arbeitsplatz handelt. Der SIG ist sehr darum bemüht, dass die Mitglieder der jüdischen Gemeinschaft antisemitische Vorfälle dem SIG melden, um ein möglichst vollständiges Bild zu erhalten.

9.2.5 Definitionen: Antisemitismus, Antizionismus, Kritik am Staat Israel

Antisemitismus

Definition der IHRA

Der SIG übernimmt die Antisemitismusdefinition und die dazugehörigen erläuternden Beispiele der **International Holocaust Remembrance Alliance IHRA**, die auch in den meisten anderen europäischen Ländern anerkannt ist und von den meisten jüdischen Organisationen in Europa benutzt wird: «*Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die im Hass auf Juden Ausdruck finden kann. Rhetorische und physische Manifestationen von Antisemitismus richten sich gegen jüdische oder nichtjüdische Individuen und/oder ihr Eigentum, gegen Institutionen jüdischer Gemeinden und religiöse Einrichtungen.*»

Erläuternde Beispiele dafür sind:

- der Aufruf zu, die Beihilfe zu oder die Rechtfertigung des Tötens oder Verletzens von Juden im Namen einer radikalen Ideologie oder einer extremistischen Auffassung von Religion;
- die Aufstellung unwahrer, entmenslichender, dämonisierender oder stereotyper Behauptungen über Juden als solche oder die Macht von Juden als Kollektiv sowie – besonders, jedoch nicht ausschliesslich – der Mythos über eine jüdische Weltverschwörung oder von Juden, die Medien, Wirtschaft, Regierung oder andere gesellschaftliche Institutionen kontrollieren;
- Anschuldigungen gegen die Juden als Volk, sie seien verantwortlich für reales oder fiktives Fehlverhalten, das durch eine einzelne jüdische Person oder Gruppe oder sogar von Nichtjuden begangen wurde;
- die Leugnung der Tatsache, des Umfangs, der Mechanismen (zum Beispiel Gaskammern) oder der Absicht des Genozids am jüdischen Volk durch das nationalsozialistische Deutschland sowie durch seine Unterstützer und Komplizen während des Zweiten Weltkriegs (Holocaust);
- Anschuldigungen gegen die Juden als Volk oder gegen Israel als Staat, den Holocaust erfunden zu haben oder zu übertreiben;
- Anschuldigungen gegen jüdische Personen, sie seien Israel oder den angeblichen Prioritäten der Juden weltweit gegenüber loyaler als ihren eigenen Ländern;
- das Absprechen des Rechts auf Selbstbestimmung des jüdischen Volkes, beispielsweise durch die Aussage, die Existenz des Staates Israel sei ein rassistisches Projekt;
- die kollektive Verantwortlichmachung der Juden für die Handlungen des Staates Israel.



Anerkennung der IHRA-Definition in der Schweiz

Die Antisemitismusdefinition der IHRA wird mittlerweile von mehr als 30 Staaten sowie diversen Städten und Organisationen anerkannt und angewendet. Die IHRA, der auch die Schweiz angehört, hatte diese Definition 2016 verabschiedet. Das Europäische Parlament rief darauf 2017 seine Mitgliedsstaaten dazu auf, diese zu übernehmen.

Als Antwort auf ein Postulat von Ständerat Paul Rechsteiner veröffentlichte der Bundesrat im Juni 2021 seinen Bericht zur IHRA-Antisemitismusdefinition. Darin anerkennt der Bundesrat den Wert und die praktische Relevanz der rechtlich nicht bindenden Arbeitsdefinition der IHRA. Der Bundesrat betont weiter, dass auch die Arbeitsdefinition der IHRA in ihrem jeweiligen Anwendungskontext interpretiert werden müsse. Entsprechend seien alle involvierten staatlichen und nichtstaatlichen Akteure dazu aufgerufen, sich mit der Arbeitsdefinition und der dazugehörigen Debatte vertiefter auseinanderzusetzen.

Von den grossen Parteien in der Schweiz haben bis jetzt die Sozialdemokratische Partei SP im Mai 2019, die Freisinnig-Demokratische Partei FDP im September 2021, die Grünliberale Partei GLP im November 2021 und Die Mitte im Januar 2022 die IHRA-Definition offiziell anerkannt.

Symbole

Der SIG wertet aufgemalte oder gesprayte nationalsozialistische Symbole wie das Hakenkreuz oder SS-Runen nur dann als antisemitisch, wenn ihre Anwendung einen direkten oder indirekten Bezug zu jüdischen Menschen beziehungsweise Einrichtungen hat. So müssen sie zum Beispiel direkt an Synagogen oder Gebäuden jüdischer Institutionen angebracht werden respektive zusammen mit jüdischen Symbolen oder (indirekt) im Kontext als anti-jüdisch interpretierbar sein.

Kritik am Staat Israel

Kritik am Staat Israel beziehungsweise an seiner Politik ist nicht generell antisemitisch, solange man diese Kritik so tätigt, wie man sie auch an allen anderen Staaten tätigen würde. Diese Kritik wird dann antisemitisch, wenn:

- doppelte Standards angewendet werden, indem ein Verhalten eingefordert wird, wie es von keiner anderen demokratischen Nation erwartet oder gefordert wird;
- «Israelis» und «Juden» gleichgesetzt werden;
- Symbole und Bilder des klassischen Antisemitismus benutzt werden, um Israel oder Israelis darzustellen beziehungsweise zu charakterisieren – etwa durch das Verwenden von Symbolen und Bildern, die mit traditionellem Antisemitismus in Verbindung stehen (zum Beispiel der Vorwurf des Christumordes oder die Ritualmordlegende), um Israel oder die Israelis zu beschreiben;
- die aktuelle israelische Politik mit der Politik der Nationalsozialisten verglichen wird.

Antizionismus

Antizionismus bezeichnet die Ablehnung der jüdischen Nationalbewegung (Zionismus). Motive und Begründungen von Antizionistinnen und Antizionisten sind vielfältig und nicht an bestimmte Parteien oder Ideologien gebunden. Es ist nicht generell antisemitisch, wenn die Ideologie des Zionismus abgelehnt wird. In der Realität werden aber oft antizionistische Aussagen benutzt, um Antisemitismus zu verschleiern. Zum Beispiel wird anstatt des antisemitischen Narrativs «jüdisch kontrollierte Presse» nun «zionistisch kontrollierte Presse» verwendet oder die Aussage «ich hasse nicht die Juden, nur die Zionisten» getätigt. Wenn «Zionisten» mit den klassischen antisemitischen Stereotypen beschrieben werden, ist es einfach, den Verschleierungsversuch zu



durchschauen. In vielen Fällen muss aber gut geprüft werden, ob es sich um Antisemitismus handelt oder nicht. Dabei kann auch helfen, ob die Person in der Vergangenheit bereits klare antisemitische Aussagen gemacht hat.

9.2.6 Vorfälle und ihre Kategorien (mit erläuternden Beispielen)

Eingegangene Meldungen und recherchiertes Material werden eingeteilt in:

Vorfälle: Fälle von eindeutigem Antisemitismus.

Fälle, bei denen kein **Antisemitismus** vorliegt und die daher auch nicht in die Statistik aufgenommen werden.

Vorfälle werden in folgende inhaltliche Kategorien unterteilt:

Antisemitismus allgemein: Dabei handelt es sich um die klassischen antisemitischen Stereotypen, wie zum Beispiel: Juden seien geldgierig, Juden beherrschten die Banken und die Medien, oder das Judentum sei die Religion des Teufels.

Schoahleugnung und Schoahbanalisierung: Unter diese Kategorie fallen die Leugnung der Schoah (Holocaust) oder die Banalisierung und Verharmlosung derselben.

Antisemitismus israelbezogen: Hierbei handelt es sich um Antisemitismus, der eine Verbindung zum Staat Israel aufweist (vgl. dazu das Kapitel «Kritik am Staat Israel» auf S. 28).

Zeitgenössische antisemitische Verschwörungstheorien: Unter diese Kategorie fallen Verschwörungstheorien, die über das klassische «die Juden beherrschen die Welt» hinausgehen und sich besonders in letzter Zeit stark entwickelt haben, so zum Beispiel: «Die Familie Rothschild und der Unternehmer George Soros sind verantwortlich für die Flüchtlingsströme,

um eine Umvolkung in Europa herbeizuführen. Das Ziel dabei ist eine stupide «negroide Mischrasse», die sich von der jüdischen Finanzelite besser kontrollieren lässt.» Oder: «Juden haben das Coronavirus erfunden, um mittels Impfungen die Menschen sterilisieren oder töten zu können.».

Zusätzlich gibt es folgende Kategorien nach der Form des Vorfalls (sogenannte Formkategorien):

Tätlichkeiten, Beschimpfungen, Aussagen, Auftritte, Sachbeschädigungen, Schmierereien, Plakate/Banner und Karikaturen.

Tätlichkeiten (Tät.): tätliche Angriffe auf tatsächlich oder vermeintlich jüdische Menschen aus antisemitischen Motiven.

Beschimpfungen (Besch.): direkt an tatsächlich oder vermeintlich jüdische Menschen gerichtete antisemitische Beschimpfungen, zum Beispiel «Judensau», «Ab ins Gas!» oder «Schade, hat Hitler dich vergessen!».

Aussagen (Aus.): Aussagen mit antisemitischem Inhalt, die nicht direkt einer bestimmten Person gegenüber gemacht wurden.

Auftritte (Auft.): öffentliches Zeigen von antisemitischem Gedankengut, zum Beispiel an Demonstrationen oder durch das Zeigen des Hitlergrusses, gerichtet an jüdische Menschen.

Sachbeschädigungen (Sachb.): Sachbeschädigungen an Synagogen, jüdischen Institutionen, jüdischen Friedhöfen oder jüdischen Geschäften, wenn davon ausgegangen werden kann, dass diese aus antisemitischen Motiven geschehen sind.

Schmierereien (Schm.): Graffiti, Bemalungen und Kleber, die einen klar antisemitischen Inhalt haben.

Plakate/Banner (Plak./Bann.): öffentlich aufgehängte oder gezeigte Plakate und Banner mit eindeutig antisemitischem Inhalt.



Karikaturen (Kar.): Karikaturen, die sich antisemitischer Stereotypen bedienen und oftmals im Stil antisemitischer Karikaturen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gehalten sind.

Bei einigen Formkategorien (Beschimpfungen, Aussagen und Karikaturen) wird zudem unterschieden, ob es sich um die Untergruppen Handlung, Zusendungen oder online handelt.

Handlungen (Hand.): alles, was in Interaktion mit Menschen oder Gebäuden geschieht.

Zusendungen (Zus.): alles, was jemandem zugeschickt wurde, also Briefe, Pakete, E-Mails, SMS usw.

Online (On.): alles, was sich im digitalen Raum/Internet, also zum Beispiel auf einer Website, in den Kommentarspalten von Onlinemedien, auf sozialen Medien wie Facebook und Twitter oder Telegram zugetragen hat.

Ein Vorfall kann nur in eine Formkategorie eingeteilt werden. Es gibt somit keine doppelten Anführungen. Bei Vorfällen, die in mehrere Kategorien passen, wird jeweils die gravierendere Kategorie gewählt. Das heisst zum Beispiel, dass Sachbeschädigungen über Schmierereien und Tötlichkeiten über Beschimpfungen stehen.

Erläuternde Beispiele für die Formkategorien:

Tätlichkeiten: Ein streng-religiöses Geschwisterpaar wird am Bahnhof Zürich Flughafen unvermittelt von einem Mann je mit einem Boxschlag traktiert.

Beschimpfungen: In der Stadt Zürich wird ein jüdischer Mann mit «Heil Hitler!» angeschrien.

Aussagen: Ein Fahrlehrer sagt im April im Kanton Zürich zu seiner Schülerin, dass Juden geldgierig seien, ohne zu wissen, dass sie jüdisch ist.

Auftritte: Auf einer Demonstration wird von einem Redner eine antisemitische Parole angestimmt, die Teilnehmenden skandieren die Parole lauthals.

Sachbeschädigungen: (Älteres Beispiel, da 2023 keine Sachbeschädigungen gemeldet wurden.) In die Eingangstür der Synagoge in Biel werden mit einem scharfen Gegenstand antisemitische Parolen und ein Hakenkreuz eingeritzt.

Schmierereien: In der Stadt Zürich wird «Tot den Juden» an eine Mauer gespritzt.



Plakate/Banner: Dieses grosse Banner mit «From the river to the sea, Palestine will be free» wird an verschiedenen Demonstrationen gesichtet.



Antisemitische Karikaturen: Karikatur in einer Telegramgruppe, in der dargestellt wird, dass «die Juden» schwarze und weisse Menschen gegeneinander aufhetzen würden.



9.3 Zusammenfassung der Vorfälle und der Analyse des Antisemitismusberichts 2023

Der SIG registrierte im Berichtsjahr in der deutsch-, der italienisch- und der rätoromanischsprachigen Schweiz 155 antisemitische Vorfälle (exklusive Online). Das bedeutet eine massive und beispiellose Steigerung im Vergleich zum Vorjahr (2022: 57). Diese ist vor allem auf die Zeit nach den Anschlägen der Hamas vom 7. Oktober 2023 zurückzuführen. Unter den Vorfällen waren 10 Tötlichkeiten, 47 Beschimpfungen, 42 Schmierereien, 38 Aussagen, 10 Plakate/Banner und 8 Auftritte. Online, vor allem in den sozialen Medien und den Kommentarspalten von Medien, wurden 975 Vorfälle registriert, was eine Steigerung um 14 Prozent gegenüber 2022 (853) bedeutet. Zusammengerechnet macht das für den Untersuchungszeitraum 1130 gemeldete und beobachtete Vorfälle (2022: 910).

Es kann festgestellt werden, dass sich 2023 der Antisemitismus in der Schweiz in der realen Welt wuchtig manifestiert hat. Eine solche Häufung von Tötlichkeiten, Schmierereien, Beschimpfungen und antisemitischen Vorfällen bei Demonstrationen innert so kurzer Zeit ist beispiellos für unseren Untersuchungsraum. Auch der Inhalt der Schmierereien und Zuschriften hat mit Todesdrohungen und Schoah-Vernichtungsfantasien eine noch nicht gekannte Heftigkeit erreicht. Das lässt die Vermutung zu, dass Menschen mit antisemitischem Gedankengut nach den Anschlägen ihrem Hass durch stärkere Ausdrucksformen als Aussagen freien Lauf liessen.

Die registrierten Vorfälle (reale Welt und Online) werden in vier Kategorien unterteilt: Antisemitismus allgemein (310 Vorfälle), Schoahleugnung/-banalisierung (43), Antisemitismus israelbezogen (179) und zeitgenössische antisemitische Verschwörungstheorien (443).

In früheren Jahren traten antisemitische Vorfälle oft aufgrund sogenannter «Trigger» gehäuft auf. Trigger sind internationale oder nationale Ereignisse respektive Medienberichte dazu, die für einen begrenzten Zeitraum (meist wenige Tage) eine hohe Anzahl an antisemitischen Vorfällen zur Folge haben. Durch die Coronapandemie und den Ukrainekrieg sowie durch das Monitoring der Telegramgruppen hat sich dies verändert. Es gab und gibt nun zwei langfristige Trigger («Corona» und «Ukrainekrieg»), die direkt oder indirekt stetig für antisemitische Vorfälle sorgen. Die Anschläge vom 7. Oktober und der darauf entbrannte Krieg Israels gegen die Hamas stellten zusätzlich einen sehr starken Trigger dar, der für einige Wochen zu einer massiven Zunahme an antisemitischen Vorfällen führte. Dadurch ist auch der Anteil des israelbezogenen Antisemitismus stark angestiegen: von 6,4 Prozent im Jahr 2022 auf 20 Prozent im Jahr 2023.

Der grösste Teil der beobachteten und gemeldeten Vorfälle entfällt weiterhin auf Telegram, wobei jedoch der prozentuale Anteil von 75 (2022) auf 68 Prozent leicht abnahm. Mit 17 Prozent blieb der Anteil von Twitter beziehungsweise X gleich gross. Der Anteil von Facebook stieg leicht von 5,5 (2022) auf 7,3 Prozent. Bedauerlicherweise verdoppelte sich fast der Anteil der Fälle in Kommentarspalten von Onlinemedien auf 3,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Diese Vorfälle verteilen sich jedoch über das ganze Jahr. Ein Zusammenhang zum 7. Oktober kann nicht festgestellt werden.

Telegram ist weiterhin jene Plattform in der Schweiz, auf der auch offener Antisemitismus ungehindert möglich ist, ohne dass gelöscht wird und die User gesperrt werden. Hier agiert weiterhin die im letztjährigen Antisemitismusbericht beschriebene staats- und gesellschaftsfeindliche sowie verschwörungsaffine Subkultur, in der Antisemitismus fast unwidersprochen ausgelebt wird. Dieser passt sich in Inhalt und Erscheinung jeweils den gerade aktuellen Themen an, sei dies Corona, der Ukrainekrieg oder zuletzt der Krieg Israels gegen die Hamas.



Es wurden grösstenteils die gleichen Telegramgruppen beobachtet wie in den letzten Jahren. Dadurch kann auch ein Vergleich der Zahlen und Themen angestellt werden. Wie schon beim Ukrainekrieg, als sich viele dieser Gruppen von Massnahmegegnern zu Putin-Propagandisten gewandelt hatten, fand nach dem 7. Oktober 2023 eine erneute Wandlung zu Pro-Palästina und Anti-Israel statt. Der Grundgedanke dieser Menschen bleibt jedoch gleich: Man ist gegen den Mainstream, gegen den Westen und der Meinung, dass alle Krisen und Kriege von einer Elite geplant sind, um so die Menschheit endgültig zu willenslosen Arbeitssklaven zu machen.

Die Anzahl der antisemitischen Vorfälle in den Telegramgruppen bewegte sich mit gewissen Schwankungen in den ersten neun Monaten auf ähnlichem Niveau. Im Oktober folgte der grosse Peak nach den Terrorangriffen der Hamas. Seither sinkt die Anzahl wieder.

Die gravierendsten Vorfälle im Jahr 2023 waren:

- Ein jüdischer Schüler wird im April an einer Sekundarschule im Kanton Basel-Landschaft als «Scheissjude!» beleidigt und auch geschlagen.
- Ein jüdischer Tourist wird im August von einem Einheimischen auf einem Parkplatz in Saas-Fee im Kanton Wallis beschimpft. Letzterer steigt danach in sein Auto ein und versucht, den Touristen zu überfahren.
- Ein Schüler einer Bezirksschule im Kanton Aargau wird beschimpft (Hitlergruss, «Dich sollte man vergasen!»), geschubst, geschlagen und ihm werden die Hosen heruntergezogen.
- Ein streng-religiöses Geschwisterpaar wird am Bahnhof Zürich Flughafen unvermittelt von einem Mann je mit einem Boxschlag traktiert.

- Nach einem Streit um ein falsch parkiertes Auto im November in der Stadt Zürich wird ein Mann von zwei Männern gewürgt, bedroht und gefragt, ob er Jude sei.
- Eine Frau läuft im November an einem Platz in der Stadt Zürich an den leeren Schabbes-Tischen zur Erinnerung an die Hamasgeiseln vorbei und schreit Personen mit «Scheissjude, nur wegen euch Scheissjuden haben sie den Platz gesperrt!» an.
- Ein Stockwerkeigentümer im Kanton Graubünden bekommt im März einen Brief, dass die Stockwerkeigentümersammlung beschlossen habe, dass er in Zukunft seine Wohnung nicht mehr an jüdische Personen vermieten dürfe.
- Im Oktober und November wird in der Stadt Zürich mehrmals «Tot (sic!) den Juden» an Wände gesprayt.
- Auf pro-palästinensischen Demonstrationen in verschiedenen Städten wird die Parole «From the river to the sea, Palestine will be free» auf Bannern und Schildern gezeigt. Ebenfalls kommt es zu Nazi- und Holocaustvergleichen, und es werden Schilder wie «Well done Israel, Hitler would be proud» beobachtet.





Schweizerischer
Israelitischer
Gemeindebund SIG

Gotthardstrasse 65
Postfach
8027 Zürich

+41 43 305 07 77
info@swissjews.ch

swissjews.ch



GRA Stiftung gegen
Rassismus
und Antisemitismus

Postfach
8027 Zürich

+41 58 666 89 66
infogra@gra.ch

gra.ch

Impressum

Herausgebende: Schweizerischer Israelitischer
Gemeindebund SIG und GRA Stiftung gegen
Rassismus und Antisemitismus, Zürich 2024

Gestaltung: SolitaireDesign

Der Bericht kann auf www.antisemitismus.ch
kostenlos als PDF heruntergeladen werden.